



Braucht es eine Europäische Republik?

Einleitungsstatement von Nova EUropa-Obmann Mag. Karl Koller, im Haus der Europäischen Union in Wien am 13. Juni 2013 – mit anschließender Diskussion mit dem Schriftsteller Dr. phil. Robert Menasse und dem Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Mag. Richard Kühnel, moderiert von Dr. Daniela Kittner, Kurier

Veranstalter: Bürgerforum Europa 2020 in Kooperation mit Nova EUropa – Sammlungsbewegung für eine Europäische Republik

Wir hatten bzw. haben in den letzten Jahren zwei Krisen:

- die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009
- und die Euro-Schuldenkrise.

Der drohende Zusammenbruch der Weltwirtschaft 2008/09 wurde durch das entschlossene Eingreifen der wichtigsten Notenbanken und der Staaten verhindert. Nicolas Sarkozy hat später in Davos festgestellt: „wenn die Staaten nicht eingegriffen hätten, wäre alles zusammengebrochen. Das ist keine Frage von Liberalismus, Etatismus, Sozialismus, links oder rechts, es ist eine Tatsache.“

Die Euro-Schuldenkrise hätte man durch ein entschlossenes Eingreifen der EZB oder der Euro-Staaten ebenso im Keim ersticken können. Man hätte nur erklären müssen, dass man unbegrenzt griechische Staatsanleihen aufkauft – und damit der Spekulation den Boden entzogen. Frau Merkel hatte aber damals die NRW-Wahl zu schlagen und in der EZB war das offensichtlich noch nicht mehrheitsfähig. Die effizienteste Methode des Eingreifens, den Kauf von Staatsanleihen auf dem Primärmarkt, ist der EZB zudem durch ihr Statut verboten. Mitte 2012 hat die EZB dann beschlossen, bereit zu stehen, unbegrenzt Staatsanleihen der Euro-Krisenstaaten aufzukaufen. Das hat die Eurozone dann fürs erste stabilisiert.

Beides – die Finanzkrise und Euroschuldenkrise liefern entscheidende Argumente für einen europäischen Bundesstaat, Vereinigte Staaten von Europa oder eine Europäische Republik.

- Der Zusammenbruch der Weltwirtschaft im Zuge der Finanzkrise ist verhindert worden – aber die Ursachen wurden nicht beseitigt. Die Krise kommt wieder – sie ist nur vertagt.
- Die Ursache der Finanzkrise sind die globalen ökonomischen Ungleichgewichte. Leistungsbilanzüberschüsse auf der einen Seite, vor allem in China, Japan, den erdölexportierenden Staaten, und enorme Leistungsbilanzdefizite der USA – 4-6 % jährlich – und eine stetig wachsende Verschuldung nicht bloß des Staatshaushalts sondern der gesamten Volkswirtschaft. Und dazu noch die Spekulation als bestimmendes Element unseres Finanzsystems – das dann die Krisen auslöst.
- All die Lehren, die man aus der Krise ziehen wollte, hat man bis dato nicht gezogen. Kanzlerin Merkel wollte die Spekulation eindämmen und Präsident Sarkozy hat überhaupt davon gesprochen, dass man ein neues Bretton Woods – ein neues Weltwirtschafts- und Weltwährungssystem – braucht. Ein System in dem nicht die Spekulation sondern die langfristige Entwicklung der Leistungsbilanzen bestimmend für die Wechselkurse zwischen den Währungen ist.

Warum ist da nichts passiert? Nach meiner Einschätzung ist der entscheidende Punkt, dass Deutschland oder Frankreich und Europa als Ganzes – weil es ein Verbund von Staaten ist – das Gewicht fehlt, solche Schritte global durchzusetzen.

Meiner, unserer Meinung nach, geht es um eine Globalisierung einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft, die die Globalisierung des neoliberalen Wirtschaftsmodells ablösen muss. Das ist im eminenten Interesse der Europäer, weil die Soziale Marktwirtschaft in einem globalen neoliberalen Umfeld nicht aufrechterhalten werden kann – vor allem wegen des sogenannten "Standortwettbewerbs" zwischen den Industriestaaten.

Europa muss an Gewicht gewinnen! Um seine Agenda auf die Tagesordnung der Weltpolitik zu bringen und durchzusetzen! Das ist der Hauptgrund für eine viel stärkere Integration!

Die Euro-Schuldenkrise: Von Anfang an war klar: Eine Währungsunion kann auf Dauer nicht ohne eine Fiskalunion, ein Zentralbudget, eine zentrale Steuerpolitik, eine Wirtschaftspolitik aus einem Guss bestehen. Helmut Kohl hatte die Hoffnung, der Euro würde die politische Union erzwingen.

Er erzwingt sie gerade! Die Alternative ist das Ende von Eurozone und EU. „Scheitert der Euro, scheitert Europa“, sagt Angela Merkel immer wieder.

Und was dann die Konsequenz ist haben Bofinger, Habermas und Nida-Rümelin so formuliert: "Europa wird bei einem Auseinanderbrechen von Eurozone und EU kaum mehr Einfluss auf die Agenda der Weltpolitik und die Lösung globaler Probleme haben. Der Verzicht auf die europäische Einigung wäre auch ein Abschied von der Weltgeschichte."

Die USA und China wären die Player, die europäischen Staaten nur mehr Bauern auf dem Schachbrett der Weltpolitik.

Wir, Nova EUropa will, dass Europa ein globaler Player ist, wirtschaftspolitisch und weltpolitisch. Nova EUropa hat unter der Federführung seiner Präsidiumsmitglieder Altvizkanzler Josef Riegler, Alt-Nationalratspräsident Heinrich Neisser und dem ehem. ÖVP-Parteiboss Josef Taus einen Dreistufenplan zur Eurorettung und zur Demokratisierung der Eurozone ausgearbeitet. Das war im Dezember 2011.

Die erste Stufe ist in der Zwischenzeit verwirklicht: Die Erklärung der EZB bereit zu stehen, unbegrenzt Staatsanleihen der Krisenstaaten aufzukaufen. Das ist passiert – nicht weil wir es gefordert haben – aber wir lagen mit unserer Forderung goldrichtig. All die Ängste vor der Auslösung einer Inflation waren und sind unbegründet.

Wir haben aber auch klar gesagt, dass das nur eine Akutmedizin aber keine Dauermedikation sein kann. In einem zweiten Schritt braucht es die Ergänzung der Währungsunion durch die Fiskalunion – nicht einen Fiskalpakt sondern eine echte Fiskalunion. Unsere Forderung: Eine Wirtschaftsregierung für die Eurozone oder zumindest wesentlicher Teile der Eurozone. Wer da nicht mitmacht, scheidet aus dem Euro aus.

- Wie soll diese Wirtschaftsregierung aussehen? Wir wollten einen umsetzbaren Vorschlag machen. Die beiden mächtigsten Staats- bzw. Regierungschefs der Eurozone, die deutsche Kanzlerin und der französische Präsident sollten ihr fix angehören, dazu ein aus dem Kreis der anderen Eurostaaten gewählter Regierungschef und ein paar Fachminister.
- Diese Wirtschaftsregierung braucht – Stichwort Demokratisierung – eine parlamentarische Kontrolle. Auch hier ein realistischer Vorschlag: Die zweite Parlamentskammer soll aus den EU-Parlamentariern der teilnehmenden Staaten bestehen. Die erste Kammer soll eine Staatenkammer nach dem Muster des deutschen Bundesrates sein – mit Sitz und Stimme für die Regierungschefs, mit mehr Gewicht für die großen Staaten aber überproportionalem Gewicht für die Kleineren.
- Kompetenzen: Finanz-, Wirtschafts-, Umweltpolitik; zentrale Steuern, ein Zentralbudget, Eurobonds; die Außen- und Sicherheitspolitik bleibt in der Souveränität der einzelnen Staaten.

Als Finalität schlagen wir dann die Überführung dieser Europäischen Wirtschaftsföderation in einen Staat mit voller Handlungsfähigkeit vor – auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Einen Staat, der alle demokratischen Anforderungen erfüllt – mit Präsident, Regierung und einem Zweikammern-Parlament, einer Bürger- und einer Staatenkammer, entweder einen Senat oder eben einen Bundesrat nach deutschem Muster.

Warum "Europäische Republik" und nicht "Vereinigte Staaten von Europa"?

Wir hätten mit "Vereinigte Staaten" auch kein Problem. Wir haben uns für den Vorschlag "Europäische Republik" entschieden, weil – und ich zitiere unsern früheren Präsidenten Heinrich Neisser "mit dem Begriff der "Europäischen Republik" auch das mitschwingt, "was die Franzosen die 'valeurs républicaines', und was die Deutschen 'wehrhafte Demokratie' nennen". "Mit dem Republikbegriff wird nicht nur regelmäßig die Demokratie assoziiert, sondern auch der Citoyen, der Bürger und seine Bürgerrechte, Freiheit, Gleichheit, der laizistische oder zumindest säkulare Staat, und gerade im Sinne eines modernen Verständnisses von Bürger und Bürgerin – die Gleichberechtigung der Geschlechter".

Für das Verständnis entscheidend ist, dass diese Europäische Republik dann als ein souveräner Staat Mitglied der EU wäre. Ein weltpolitischer Player auf Augenhöhe mit den USA, mit dem von Frankreich übernommenen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat.